

# PRESSEMITTEILUNG

## **Zusätzlicher Feiertag belastet die Wirtschaft**

### **Der Landesverband Bremen des Wirtschaftsrates kritisiert scharf die Einführung eines weiteren jährlichen Feiertages**

**Bremen, 20.06.2018:** Der Wirtschaftsrat Landesverband Bremen hatte sich bereits im Herbst 2017 dafür stark gemacht, als einen wichtigen norddeutschen und bremischen Standortvorteil dabei zu bleiben, dass es in Bremen wie auch in den umliegenden Bundesländern im Vergleich zu Süddeutschland deutlich weniger gesetzliche Feiertage gibt. Der nun beschlossene zusätzliche Feiertag gehe zu 100% zu Lasten der Unternehmer und Arbeitgeber und werde daher von den Mitgliedern des Wirtschaftsrates der CDU e.V. sehr kritisch gesehen, so der Landesvorsitzende Jörg Müller-Arnecke.

Der Reformationstag als Zeichen des historisch wichtigen Reformationsprozesses sei grundsätzlich ein zu würdiger Tag, so der Unternehmer Müller Arnecke. Wenn dies ein mehrheitlicher Wunsch der Bevölkerung sei, diesen Tag als Feiertag zu zelebrieren, hätte die Diskussion auch zu Lasten eines anderen Feiertages geführt werden können und müssen.

Dass nun der Reformationstag zukünftig als dauerhafter Feiertag gesetzlich festgelegt wurde, ist aus Sicht des Unternehmers Müller-Arnecke der falsche Weg. Da sich weder der Staat noch Arbeitnehmer oder Beamte an den daraus resultierenden Kosten und Umsatzausfällen beteiligen, sei der Beschluss eines weiteren Feiertagen aus politischen Motiven ein Wählergeschenk, dass sich das Land Bremen aktuell nicht leisten könne, so die Meinung des Landesverbandes Bremen des Wirtschaftsrates.

#### **Kontakt:**

Dr. Barbara Rodewald (Landesgeschäftsführerin)  
Wirtschaftsrat der CDU e.V.  
Landesverband Bremen  
Wachtstraße 17-24, 28195 Bremen, Telefon: (0421) 498 74 29, Telefax: (0421) 491 92 90  
E-Mail: [lv-hb@wirtschaftsrat.de](mailto:lv-hb@wirtschaftsrat.de)